

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 17 (1923)
Heft: 11

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wir heute nötig haben, ist eine internationale Bruderschaft. Es zeigt sich aber auch auf schreckliche Weise, wie die absolute Durchsetzung seines Rechtes für Frankreich selbst, für Deutschland und ganz Europa, den Ruin bedeutet. — — —

Wenn es so sein sollte, dass die Zivilisation nur durch das Recht aufrecht erhalten werden kann, so wäre Herr Poincaré einer der wertvollsten Diener der Menschheit gewesen. Wenn im Gegenteil bewiesen werden kann, dass eine Nation, die in der Verfechtung des Rechtes so weit als immer möglich geht, eine Zerstörerin der Zivilisation ist, dann wird Herr Raymond Poincaré für einen rückständigen Barbaren gehalten werden müssen.»

(Pierre Hamp im «Quoditien».)

Rundschau

Vom Zivildienst. Wir machen darauf aufmerksam, dass die ausführliche Begründung, die unserer Zivildienst-Petition beigegeben worden ist, als besondere kleine Broschüre unter dem Titel: «Dienstverweigerung und Zivildienst» herausgegeben worden und bei unserer Zentralstelle (Hans Amberg, Alfred Escherstrasse 8, Zürich 2) zu beziehen ist. Das Stück kostet 20 Rappen. Mit dieser Veröffentlichung ist, leider etwas spät, nachgeholt, was zu Beginn unseres Feldzuges hätte geschehen sollen. Die Verbreitung dieser Flugschrift dient nicht nur der Sache des Zivildienstes, sondern dem ganzen Kampf gegen den Militarismus überhaupt; wir empfehlen sie darum allen Freunden und Gesinnungsgenossen aufs angelegentlichste.

Wir wissen, im übrigen noch nicht, ob die Petition in der Dezembersession der eidgenössischen Räte schon zur Sprache kommt. Dass sie die Geister noch immer erregt, beweist ein, im übrigen ganz trauriger aber schon eher komisch wirkender, Aufsatz des Obersten Feyler in der Revue Militaire Suisse (Septemberrummer). Man fürchtet uns offenbar sehr. Dass wir nicht untätig sind und den Kampf auf alle Fälle und mit neuen Mitteln weiterführen werden, dürfen wir allen Freunden versichern, trotz der Un-

gunst der Zeiten, ja erst recht. Es wird darüber zu seiner Zeit schon das Nötige gesagt werden.

Im übrigen gibt es in dieser Sache noch andere Ermutigungen als der Aufsatz des Obersten Feyler. Aus Schweden kommt sehr guter Bericht über das Gedeihen des Zivildienstes. Sowohl die Leiter als die Diensttuenden erklären sich von der Art und Weise, wie der Dienst gestaltet wird, sehr befriedigt. Die Regierung will darauf hin das geltende Gesetz, das nur religiöse Gründe für die Dienstverweigerung gelten lässt, in dem Sinne ergänzen, dass alle Gewissensgründe genügen. Auch soll die Dienstzeit sehr stark verkürzt werden.

Dazu mag ein Vorkommnis beitragen, das uns eine schwedische Freundin meldet. Ein Medizinstudent, der den Dienst verweigerte, wurde an Händen und Füßen gefesselt, mit seiner weissen Studentenumütze auf dem Kopfe, durch die Strassen ins Gefängnis geschleppt. Das erzeugte grosse Aufregung im Lande. Ein Aufruf, der von der Universität Lund ausging, und jene Ergänzung des Gesetzes forderte, wurde von 16 Professoren, 12 andern Dozenten und 353 Studenten unterschrieben. Die sind droben im Norden, trotz der gefürchteten Nähe Sowiet-Russlands, weiter als wir.

L. R.

Aus Holland. Die Holländer sind halt doch ganze Kerle. Da haben sie in den Tagen, wo sonst überall dem Moloch wieder neue und grössere Opfer gebracht werden, in ihrer Kammer einen Kredit von 300 Millionen Gulden für die Schaffung einer (rein militärisch betrachtet gar nicht so unnötigen) Kriegsflotte für ihre Kolonien nach grossen Volksdemonstrationen dagegen abgelehnt. Bravo, ihr Freunde, und herzlichen Glückwunsch! Eine Freundin schickt uns über diese holländische Bewegung folgenden Bericht:

«Montag den 20. August sprachen in Rotterdam vor einer Versammlung von zirka vierhundert Teilnehmern Herr Pfarrer Eidering und Herr Kees Boeke über das Thema: Sollen wir Jubiläum feiern? Der erste Redner beschrieb die dunkle politische und soziale Weltlage und die Not der breiten Schichten der niederländischen Bevölkerung. «Die Frage, ob unsere Zeit zum Feste feiern angetan sei, müssen wir kräftig verneinen. Es ist eine Verdrehung der wirklichen Tatsachen, mit der man dem Nationalismus unseres Volkes aufs neue Nahrung zuführen will, und eine verhängnisvolle Verstärkung des Militarismus. Dagegen zu protestieren ist Pflicht aller Einsichtigen. Protestieren wollen wir auch gegen die Unsummen von Geldern, die den Gemeindekassen entnommen werden — 30 bis 70 tausend Gulden — zum Zwecke der Verzierung von Strassen usw., während man überall im Land herum die drückendsten Lohnverkürzungen allen Reichsbeamten und Arbeitern auferlegt, um die — Defizite zu decken, die durch Flottenrüstungen hauptsächlich entstanden und immer aufs neue entstehen.» Kees Boeke aus Bilthoven beleuchtet die Jubiläumsfrage vom Standpunkt des Christen. Er will den Festtaumel in Verantwortlichkeitsgefühle der Massen umwandeln, die einen neuen Krieg

verhindern helfen sollten. «Nur die Vereinigung aller, die guten Willens sind, überbrückend die Schranken der Parteien, der Religionsbekenntnisse und der Landes- und Standeszugehörigkeit, kann uns vor dem Sturz in den Abgrund retten. Es ist eine Schande, Feste zu feiern, die die schlimmsten Instinkte der Masse fördern und Wasser auf die Mühle unserer Gewaltbesitzenden liefern. Vor Hassgefühlen gegen das Königshaus müssen wir uns trotzdem hüten. Es geht um Höheres als um Regierungsformen. Wohl sind wir uns bewusst, dass es keine Gefühle der Dankbarkeit gegen die Regierung sind, die wir hegen können, dafür, dass sie und das Heer uns vor dem Krieg bewahrt haben, Das möchten die herrschenden Klassen dem Volk weiss machen, um eine Jubiläumsfeierstimmung zu suggerieren, während sie genau wissen, dass nur der Umstand uns vor dem Krieg verschonte, dass die Kriegführenden diesmal kein Interesse hatten, unser Land mit hinein zu reissen.» Der folgende Offene Brief an die Königin wird unter grosser Zustimmung verlesen. Die Versammlung singt einige Lieder des Inhalts «Nie wieder Krieg!» Der Redner wünscht, dass wir diese Lieder unsern Kindern lehren sollen anstelle der blutrünstigen Vaterlands- und der seichten Jubiläumslieder. So schloss die eindrucksvolle, antimilitaristische Versammlung. S. A.-R.

Der Brief an die Königin lautet:

Offener Brief an Frau von Mecklenburg-van Oranje.

Mevrouw!

Veranlasst durch die Tatsache, dass in weiten Kreisen Vorbereitungen getroffen werden zu einem festlichen Gedenken desjenigen Tages, an dem Sie vor 25 Jahren den Titel «Königin der Niederlande» empfangen, fühlt sich eine Gruppe Antimilitaristen der Vereinigung «Paco» gedrängt, sich an Sie zu wenden.

Wir sehen es als unsere Pflicht an, in den kommenden Monaten unsere Mitmenschen aufmerksam zu machen auf den wirklichen Hintergrund dieser schön scheinenden Aktion zur Feier Ihres sogenannten Regierungsjubiläums. Aber bevor wir dies tun, wünschen wir uns an Sie persönlich zu wenden, um Ihnen zu sagen, dass wir für Sie als Mensch dieselbe Achtung und Liebe fühlen, die wir jeder menschlichen Persönlichkeit glauben schuldig zu sein, ja dass gerade Liebe und Sympathie für Sie, unseren Mitmenschen, uns treibt, wenn wir dasjenige tun, was im Bereich unserer schwachen Kräfte liegt. — Wir halten es für sehr wohl möglich, dass Sie sich selbst nicht voll bewusst sind, welche Einflüsse hinter den Kulissen wirksam sind, um die Einrichtung des Königtums als Höhepunkt eines Machtsystems zu gebrauchen und die Vorrechte und Unterdrückungsmöglichkeiten zu handhaben, die begehrt sind. Wohl bedauern wir es, dass Sie neben Ihren hohen Einkünften noch eine grosse Summe Geld haben annehmen mögen, die dem niederländischen Volk mit Gewalt entnommen ist in Form von Steuern. Noch viel mehr bedauern wir es, dass Sie in diesen Zeiten der Not und der Sorge Ihre Zustimmung gaben, anstelle des doch schon exorbitanten Betrages von 600,000 Gulden noch mehr, nämlich 1,200,000 Gulden jährlich, von den niederländischen Bürgern fordern zu lassen. Unser Vorwurf trifft nicht so sehr Sie als diejenigen Ratsmitglieder, die dadurch allen erdenklichen Luxus in Ihren Bereich gebracht und Ihnen dem gegenüber Ihre menschliche Freiheit weggenommen haben. Sie halten Sie in einem goldenen Käfig gefangen. Sie können und dürfen nicht tun, was Sie wollen, sondern Ihre Taten und Gänge werden für Sie bestimmt. — Das alles ist uns zuwider als eine Sünde gegen Ihre Persönlichkeit! Und unsere Abneigung wird zum Ekel, wenn wir se-

hen, dass die verworfenen Einflussreichen es heutzutage wagen, nachdem 25 Jahre lang das arme Volk gezwungen war, diese Summe aufzubringen, nachdem es 25 Jahre «im Namen der Königin» durch Richter, Türwächter, Polizeidiener und Militär unterdrückt wurde, noch aufzurufen zu einem Fest zur Erinnerung dieser bedauernswerten Tatsachen. — Wir fühlen es als eine auf die Spitze getriebene Unverschämtheit, dass diese Herren nun beschäftigt sind, mit allen Mitteln geistiger Beeinflussung dem Volk zu suggerieren, diese 25jährige Erinnerung zu einem Festtag zu machen. Wir wissen nicht, ob Ihnen die Augen aufgegangen sind, wenn ja, dann bitten wir Sie, den Mut zu haben, dieses Zaubergewebe zu zerreißen, das in Ihrem Namen und mit Ihrer Zustimmung um unser Volk geworben wird. Es wird Ihnen Leiden kosten, wenn Sie es wagen, nach Ihrem Gewissen zu handeln. Aber wir geben Ihnen die Versicherung, dass nicht allein in unsern Kreisen, sondern überall bei den ernsthaftesten Menschen unseres Landes und der ganzen Welt Tausende und Tausende sein werden, die Sie dann als grossen Menschen ehren, wenn Sie Ihre Bande sprengen. O möchten Sie die Kraft und den Mut besitzen, um freiwillig auf alle diese äussere Macht, die um Sie gehängt wird, zu verzichten! Gerade wenn Sie dieses äusserliche Königtum abschütteln können, werden Sie als Mensch erst recht einen Tron bekommen in den Herzen von Unzählbaren aller Länder, deren Befreiung Sie näher bringen konnten durch diese Tat.

Gott gebe Ihnen die Kraft, es zu tun!

Aus den Christl. Jungmänner-Vereinen. In diesem Sommer fand in Pörschach, Oesterreich, eine Weltkonferenz der Christl. Jungmänner-Vereine statt. In den dort gefassten Resolutionen finden sich die beiden nachfolgenden Stellen über das Be-

rufsleben und über die innern und äussern politischen Verhältnisse.

«Die Arbeitsverhältnisse sollen so gestaltet werden, dass der Arbeiter an seinem Beruf den grössten innern Anteil nehmen kann.»

«Wir stellen fest:

a) dass die nationalen und sozialen Gegensätze in der heutigen Welt eine gewaltige Gefahr für die Zukunft der Menschheit bedeuten. Sie stehen in offenkundigem Gegensatz zu göttlichem Willen;

b) dass die Erziehung der Seele und des Geistes der Völker zu einer Weltbrüderschaft das tiefste Bedürfnis unserer Zeit ist und den höchsten Dienst am Reiche Gottes darstellt. Die Erfüllung dieses Zieles besteht in der Erziehung der gesamten männlichen und weiblichen Jugend unserer Tage zu der Erkenntnis und der Verwirklichung der Grundsätze einer allgemeinen Brüderschaft der Menschheit, wie sie im Leben Jesu verwirklicht ist.»

Wenn unsere christliche Jungmännerwelt in der Schweiz einmal dazu kommt, zu erfassen, welche Totaltransformation unseres Wirtschaftslebens zur Erfüllung jener Forderung für das Berufsleben nötig ist, wenn sie einmal so weit ist, um jenes «höchsten Dienstes am Reiche Gottes» willen wenigstens einmal geschlossen für etwas wie den Zivildienst einzustehen, dann werden sie, wenigstens in der inneren Entwicklung, ein gutes Stück vorangekommen sein. B.-G.

Von der deutschen Jugend. Welche edelste Kräfte im heutigen deutschen Volke, besonders in seiner Jugend, vorhanden sind, zeigt folgender Aufruf:

Der Ruf an uns!

Wir glauben an eine Zukunft der Volks- und Menschheitsgemeinschaft, die die verantwortliche Freiheit des Einzelnen für das Ganze weckt. Wir sind von der Gewissheit durchdrungen, dass nur die stets von neuem hervorbrechenden

schöpferischen Liebeskräfte uns diesem Ziele näherbringen.

Wir müssen deshalb bezeugen, dass wir für das öffentliche Leben eine andere Ordnung wollen, als sie heute besteht.

Wir glauben, dass aus der Erschütterung von den letzten Tiefen her die innere Vollmacht kommen muss, ohne die unsere Aktivität wesenlos und wirkungslos ist.

Wir meinen, dass die herrschenden, in dem gegenwärtigen Geschehen sichtbar gestaltenden Kräfte dieser Tiefe nicht entstammen. Wir halten dafür für die wichtigste Aufgabe unseres Bundes und der freideutschen Bewegung, angesichts der ewigen, unter uns unvollendeten Wahrheit zu leben und so den Sinn für den Geist der Gerechtigkeit zu wecken und zu stärken, der sich in Staat und Gesellschaft als der Sphäre des Rechts verwirklichen will.

Von diesem Standort aus finden wir allein das richtige Verhältnis zum politischen Handeln. Wir lehnen daher eine gemeinsame Stellungnahme des Bundes zu politischen Tagesfragen solange ab, als es uns nicht gegeben ist, vom letzten Grunde aus für die einzelnen äusseren Fragen die Einheit des Handelns zu gewinnen.

Um so stärker empfinden wir unseren Zustand der Vereinzelung als eine Wirkung des Gerichts, das über die gegenwärtige Welt hereinbricht und das jeder von uns auf sich nehmen muss.

Aus der furchtbaren Gegenwartsnot heraus sind wir uns der Pflicht zu durchgreifender gegenseitiger Hilfe bewusst.

Alles muss getan werden, um den heutigen gesellschaftlichen Zustand abzuändern, der den grössten Teil der Volksgenossen von einem menschenwürdigen Leben ausschliesst. Wir stehen auf der Seite der unterdrückten und benachteiligten, der an den Lebensgütern geistiger und materieller Art ver-

hinderten Menschen und Menschen-
gruppen.

Deshalb müssen wir einzeln wie
in wirklicher Gemeinschaft, die je-
den Augenblick geschenkt werden
kann, handeln. So kommen wir zur
politischen Tat.

Wen sein Gewissen zu den Waf-
fen treibt, der wird uns gerade aus
diesem Glauben heraus Bruder
bleiben.

Wir aber haben uns zusammen-
getan, um in Zeiten des Bürger-
und Klassenkrieges unter Verwer-
fung der Gewaltanwendung und
des Waffengebrauchs dadurch dem
Frieden zu dienen, dass wir uns der
Notleidenden, Schutzbedürftigen
und Gefangenen annehmen.

Es gilt, dass sich jetzt Sendscha-
ren als Einheiten bilden, die neben
den Werk- und Arbeits-Gemein-
schaften in Nachbarschaft, Beruf
und öffentlichem Leben, in den Häu-
sern und auf den Strassen sich ein-
setzen: zu brüderlicher Hilfelei-
stung in allen Nöten der Nahrung,
Kleidung und Wohnung — als Kün-
der der ewigen kommenden Ord-
nung! Jeder beginne sofort mit der
dazu nötigen Kleinarbeit.

Die sich bildenden Sendscharen
handeln aus eigener Verantwor-
tung.

Der Ruf gehe persönlich von
Mensch zu Mensch!

Eberhard Arnold, Sannerz, Bez.
Cassel; Ferdinand Göbel, Keithum
auf Sylt; Erich Mohr, Berlin NO
55, Kuglerstr. 81; Karl Sachse, Ber-
lin, Kochhanstr. 12; Hugo Tlustek,
Fürstenwalde (Spree).

Stinnes in der Schweiz. Stinnes
will in der Schweiz unter anderem
einen Zeitungs- und Bucherverlag
errichten.¹⁾ Ob dieser Nachricht
grosse Aufregung in unserer Presse
und anderswo. «Stinnes ist da!» Ist
das nicht komisch? Als ob Stinnes
nicht längst da wäre! Er ist schon
da in Person, das heisst, in Form

¹⁾ Ist inzwischen geschehen. Das
Artikelchen wurde im September ge-
schrieben.

von allerlei geschäftlichen Unter-
nehmungen, die direkt oder indirekt
unter seinem Einfluss stehen; er ist
da in Gestalt des mannigfachsten
Einflusses seiner Kreise auf das
schweizerische Leben. Wissen denn
diese Waisenknaben von der Presse
nicht, dass die grösste, d. h. am
meisten Abonnennten zählende schwei-
zerische Tageszeitung ein Vergif-
tungsherd erster Ordnung, ein Krupp-
Organ und, in maskierter Form
natürlich, der deutschen Propaganda
dienstbar ist? Wissen sie nicht, dass
andere Organe, nicht unbedeutender
Art, die sich als gut schweizerisch
geben, ähnlicher Abhängigkeit be-
schuldigt werden? Wissen sie nicht,
dass eine grosse Zahl schweizerischer
Blätter überhaupt die Gedanken der
an Stinnes versklavten deutschen
Presse vertreten? Wissen sie nicht,
dass, mit seltenen Ausnahmen, jeder
reichsdeutsche Professor ein deut-
scher Propagandist ist? Wissen sie
nicht, dass deutsche Milliarden in der
Schweiz «arbeiten» und in Form von
schweizerisch kamuflierten Fir-
men (ein solcher schweizerischer
Landesverräter ist immer zur Verfü-
gung) deutsche Geschäfte besorgen?

Es ist eine arge Irreführung,
wenn man tut, als ob erst mit die-
sem neuesten Stinnesplan solche Ein-
flüsse bei uns einzögen. Sie sind
längst vorhanden; wir sind von ih-
nen umstrickt und unsere «Unab-
hängigkeit» zum guten Teil nur ein
Schein. Darum ist das offene Auf-
treten eines Stinnes durchaus als
etwas Gutes zu begrüssen, denn
es mögen dadurch einige Augen ge-
öffnet werden. Wir wollen sehen,
ob sich die «Kreuzwehr», die ja die
Wahrung schweizerischer Unabhän-
gigkeit im Programm haben soll, da-
gegen einsetzt. Wir wollen sehen!

L. R.

Zur Zonenfrage wollen wir nicht
wiederholen, was die politische
Presse schon genügend gesagt hat.
Sachlich hat der Streit gewiss
wenig zu bedeuten. Wenn die zu-
nächst betroffene welsche Schweiz
seinerzeit mit grosser Mehrheit das

Abkommen angenommen und sogar fast die Hälfte der Genfer ihm zugestimmt hat, so kann es so schlimm nicht gewesen sein. Dass bei der Inszenierung der Initiative wie bei der Abstimmung Motive, die der Sache fremd sind, vor allem ein weitverbreiteter Hass gegen Frankreich, mitgespielt und Leute gegen Frankreich demonstriert haben, die dazu kein moralisches Recht besitzen, sollte man ehrlicherweise nicht leugnen. Frankreichs Politik wird dadurch freilich nicht gerechtfertigt und dies um so weniger, als sie nicht etwa St. Gallen oder Schaffhausen, sondern gerade diejenige Stadt der Schweiz trifft, wo man für Frankreich während seiner schwersten Tage mehr geleistet hat als sonst irgendwo in der Welt. Jedenfalls ist der Kampf nun eine Frage des internationalen Rechtes geworden und das gibt ihm seine grosse Bedeutung. Dass Frankreich im Unrecht und seine Politik Gewalt ist, unterliegt keinem Zweifel. Wird sich nach diesem neuen Rechtsbruch noch ein Franzose auf die sainteté des traités zu berufen wagen?

Wir möchten nur einen Punkt, der hier schon einmal berührt wor-

den ist, noch schärfer hervorheben. Dieser Zonenkonflikt ist ein Schulbeispiel dafür, was kleinen Völkern ein Heer nützt. Wo bleibt hier jener berühmte «Andere», mit dem wir uns im Notfall verbündeten? Unsere Zuflucht ist ganz allein das übernationale Recht, dessen Hort der Völkerbund bildet. Ob das viele Schweizer sehen oder, der Linie der Gedankenlosigkeit folgend, in einer Vermehrung der Militärausgaben oder im Austritt aus dem Völkerbund das Heil suchen? Wer Augen hat, der sieht. L. R.

Zum Fall Schulthess ist uns aus Schönenwerd unmittelbar vor Redaktionsschluss eine Einsendung zugekommen. Wir werden sie das nächste Mal bringen und in Kürze Stellung dazu nehmen. D. Red.

Bern. Zusammenkunft der Freunde der «Neuen Wege» Sonntag den 9. Dezember, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Grüner Saal (Hoteleingang). Fortsetzung der Diskussion über «Wissen und Glauben». Das einleitende Referat wird gehalten von Herrn Dr. Jost, Gym.-Lehrer. Freunde wie Gäste sind herzlich willkommen.

Der Ausschuss

Von Büchern

Die proletarische Grosstadtjugend und die Religion.

Eine Art Illustration und Ergänzung zu dem Aufsatz von Gertrud Ruegg ist eine Schrift von Günther Dehn über «Die religiöse Gedankenwelt der Proletarierjugend, in Selbstzeugnissen dargestellt.¹⁾ Sie ist so interessant und wichtig, dass ich, wenn der Raum es erlaubte, ihr am liebsten einen ganzen Aufsatz widmete. Der Verfasser, ein bekannter Pfarrer eines Berliner Arbeiterviertels und «religiös-sozialer» Gesinnungsgenosse, hat mit einem Freunde zusammen 60 Klassen der Berliner Fortbildungsschule mit gut 1200 Schülern und Schülerinnen im Alter von 14 bis 18 Jahren über ihr Verhältnis zur Religion geredet und sie dann zur schriftlichen Aussprache über Themen wie: «Gott, Hilfe, Tod», «Gott, Andacht, Natur», «Gott, Freiheit, Vaterland», «Meine Erinnerungen an den Konfirmandenunterricht und die Einsegnung»,

¹⁾ Im F u r c h e - V e r l a g in Berlin erschienen.